

Dialog statt weiterer Kriegshetze gegen Russland! Neutralität zurückholen!

Friedensdemonstration in Wien am Heldenplatz

am Donnerstag 23. Februar 2023 um **10 Uhr**

anlässlich der Eröffnung der Konferenz für Sicherheit u. Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Redner:

Univ.Prof. Dr. ERWIN BADER

Politologe, Sozialphilosoph
und Friedensforscher

Dr. EVA MARIA BARKI

Rechtsanwältin mit Spezialgebiet Menschen-,
Nationalitäten- und Volksgruppenrechte

Grußbotschaften von:

Univ.Prof. Dr. WOHLMEYER

Oberstleutnant i.R.

Mag. RALPH BOSSHARD,
langjähriger OSZE-Mitarbeiter
aus der Schweiz

Österreichs Bürger appellieren an die österreichische Staatsführung, NATO- und EU-Politiker und -Generäle, umgehend der immer bedrohlicher werdenden Eskalation des Ukraine-Krieges durch Aufnahme eines Friedensdialogs mit den Vertretern der Russischen Föderation entgegen zu wirken durch folgende Schritte: Nutzung der am 23. und 24. Februar in Wien stattfindenden **OSZE-Tagung** für die Herbeiführung eines sofortigen Waffenstillstandes durch Einstellung sämtlicher Lieferungen von Waffen, Munition, Panzern und sonstigem Kriegsmaterial in die Ukraine sowie Stop des Wirtschaftskrieges mit Sanktionen.

Als mit 323 Mitgliedern aus 57 Staaten weltweit größte regionale Staatenkonferenz zur Friedenssicherung mit rund 3.500 Bediensteten wird die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ aufgefordert, ihrem Gründungszweck der Förderung der Entspannung zwischen Ost und West zu entsprechen und auch einen respektvollen Dialog mit den Vertretern der russischen Delegation zu führen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein und es muß ein Weg gefunden werden, die insbe-

sondere schon seit Jahren vor dem Krieg von den USA und in deren Schlepptau der EU-Kommissionspräsidentin ausgehenden Feindseligkeiten gegenüber der Russischen Föderation zu beenden. Die Völker Europas, egal ob in West oder Ost, haben keinerlei Verständnis für die weitere Kriegstreiberei der NATO, die mit ihrer Osterweiterung entgegen den Vereinbarungen von 1989/90 als einer der Hauptverursacher für den Ukraine-Krieg angesehen werden muß.

Die Teilnehmer der ‚Parlamentarischen Versammlung‘ der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa werden aufgefordert, dem Zweck und den Aufgaben dieser internationalen Organisation Rechnung zu tragen, nämlich der Förderung der Entspannung anstatt der Konfrontation zwischen Ost und West. Politik und Medien insgesamt werden aufgefordert, zum **Völkerrecht** gemäß UNO-Charta zurückzukehren. In dieser steht das Selbstbestimmungsrecht der Völker - wie ja schon der Begriff Völkerrecht impliziert - **über** dem Recht auf territoriale Unversehrtheit von Staaten. Dieses Selbstbestimmungsrecht wurde im Fall des

Kosovo vom kollektiven ‚Westen‘ anerkannt, obwohl dessen Unabhängigkeit nicht durch eine Volksabstimmung, sondern nur durch einen Parlamentsbeschluß erklärt wurde. Aber im Fall des Kosovo hatte die USA und deren Vasallen daran großes Interesse, denn kurz nach der Unabhängigkeit des Kosovo errichteten sie dort einen der größten US-Militärstützpunkte in Europa.

Das gleiche Recht auf Selbstbestimmung muß der Bevölkerung der **Krim** und des **Donbass** zuerkannt werden. Letztere haben sich in zwei Volksabstimmungen zuerst für eine Autonomie innerhalb der Ukraine, der von der Zentralregierung nicht entsprochen wurde, und im vorigen Jahr für eine Eingliederung von vier Oblasten der Ost- und Südukraine in die Russische Föderation ausgesprochen mit teilweise großen Mehrheiten. Dies als Folge der massiven Unterdrückungen und Gewalthandlungen seitens der ukrainischen Machthaber, die von 2014 bis 2022 rund 14.000 Todesopfer im Donbass gefordert hatten.

Zum **FRIEDEN** kann es nur durch gleiches Recht für alle kommen.

Hannes Brejcha vom Team „**FAIRDENKEN Austria**“, ecsmontage2@gmail.com

Inge Rauscher vom Team der „**Initiative Heimat & Umwelt**“, ihu@a1.net
www.1984.at